

Bürgerbeteiligung: Herausforderungen, Erwartungen, Status Quo und Potenziale

- Der Beitrag erläutert die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der aktuellen Diskussion über Bürgerbeteiligung. Einerseits spielen dabei externe Faktoren wie die ökonomischen Globalisierung sowie die u.a. daraus erwachsende Transnationalisierung von Entscheidungsprozessen eine Rolle. Andererseits sind aber auch gesellschaftliche Veränderungen relevant, die alle mehr oder weniger Folgen der Modernisierung sind: Der Wertewandel und seinen Folgen für die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger (Politikverdrossenheit) sowie ihr politisches Verhalten (Rückgang der konventionellen politischen Beteiligung, Wunsch nach mehr direkter Bürgerbeteiligung, Proteste u.a.). Dazu gehören auch die Veränderungen durch neue Kommunikationstechniken sowie die „Gesetze“ der Medien, die zunehmend die Kommunikation über Politik bestimmen. Hierzu zählen Informationsverkürzungen, Negativismus, Übertreibung, ebenso wie die Ausweitung der Kommunikationskanäle, die mit einer Abnahme der Glaubwürdigkeit von Informationen verbunden sind, aber auch mit einer Zunahme der Geschwindigkeit der Informationsverbreitung (Mobilisierung). Diese Veränderungen stellen den Rahmen dar, in dem die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung gesehen werden muss, um die Legitimität der Demokratien im 21. Jahrhundert zu sichern.
- Ein genauer Blick auf die bestehenden Möglichkeiten zu Bürgerbeteiligung zeigt ein breites Portfolio an Alternative. Sie reichen von der Beteiligung an Wahlen über ehrenamtliche Tätigkeiten, die Beteiligung in Parteien, über Protesten hin zu mehr direkter Demokratie und kooperativen Formen der Zusammenarbeit. Die beiden letzteren stehen hoch auf der aktuellen Agenda über die Reform der Partizipationspalette in Deutschland. Sie haben Vorzüge aber auch Nachteile.
- Aufgrund der stärkeren Konfliktorientierung direkter Mitbestimmung konzentriert sich der folgende Beitrag abschließend auf kooperative Beteiligungsformen, ihre Vielfalt, ihre Ziele, ihre Defizite und die Notwendigkeit einer stärkeren Institutionalisierung dieser Beteiligungsformate parallel zu den Strukturen der repräsentativen Demokratie. Durch sie soll eine stärkere Verlässlichkeit erreicht werden, die auf Seiten aller Beteiligten (Bürger, Verwaltung, Politik) zu mehr Akzeptanz und damit zu einer längerfristigen Wirksamkeit führt im Hinblick auf den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen, die effizientere und effektivere Lösung lokaler Probleme, eine höhere Responsivität der Politik und mehr Legitimität der Entscheidungsstrukturen.